



aktuell

Der Newsletter des Deutschen Vereins

**Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Mitglieder des Deutschen Vereins
für öffentliche und private Fürsorge e.V.,**



Angesichts der enormen Staatsverschuldung von Bund, Ländern und Kommunen sowie der verfassungsrechtlich gesetzten Verschuldungsgrenzen wird es heute und auch in der Zukunft unumgänglich sein, immer wieder über die zielgerichtete Verwendung von staatlichen Mitteln, über Sparpotentiale, aber auch über etwaige Verbesserungen der Einnahmesituation der staatlichen Haushalte zu diskutieren. Dies ist der notwendigen Stabilität unserer sozialen Sicherungssysteme geschuldet, insbesondere aber auch unseren künftigen Generationen, die enorme Schuldenberge abzutragen hätten.

Daher ist es meines Erachtens nicht von vornherein zu kritisieren, wenn eine Bundesregierung, z.B. im Rahmen eines Eckpunktepapiers „Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken“, über etwaige Einsparmaßnahmen auch innerhalb der Sozialausgaben nachdenkt.

Einsparungen dürfen allerdings kein Selbstzweck sein und nicht mit der Sense daher kommen. Vielmehr sollte die Effizienz geprüft werden und vor allem sollten sie nachhaltig sein.

Daher bestehen erhebliche Zweifel, ob der Wegfall der Zuschüsse zur Rentenversicherung bei SGB II-Empfängern, die Einsparungen bei Maßnahmen der Erwerbsintegration und die beabsichtigte Streichung des Elterngelds bei SGB II-Leistungsempfängerinnen und Leistungsempfängern und anderen der Weisheit letzter Schluss sind.

Die Streichung von Zuschüssen zur Rentenversicherung bei SGB II-Empfängern könnte letztendlich die Grundsicherungssysteme im Alter belasten, mithin eine Verschiebung vom Bundeshaushalt auf die kommunalen Haushalte darstellen.

Eine pauschale Kürzung der Mittel für arbeitsmarktpolitische Instrumente, vor ihrer für 2011 in Aussicht genommenen Überprüfung, lässt Ratlosigkeit aufkommen.

So darf nicht verwundern, wenn Proteste vorprogrammiert sind.

Es bleibt abzuwarten, in welcher Form letztendlich die Maßnahmen umgesetzt werden und ob die Zustimmung des Bundesrates erforderlich ist. Die Debatten werden sicherlich auch in der Zukunft ihre Fortsetzung finden.

Auch wir debattieren mit.

Michael Löher
Vorstand des Deutschen Vereins

**Das Präsidium des Deutschen Vereins stellt sich vor ...****Heike Baehrens
Bankkauffrau, Diplom-
Religionspädagogin**

1977 bis 1978

Anerkennungsjahr als Diakonin im Ev. Gemeindedienst für Württemberg

1978 bis 1980

Schulsozialarbeit in der Ev. Kirchengemeinde Bad Cannstatt

1980 bis 1985

Gemeindearbeit und Erwachsenenbildung in der Ev. Kirchengemeinde Stuttgart-Rot

1989 bis 1996

Mitglied im Stuttgarter Gemeinderat (1992 bis 1996 stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD-Gemeinderatsfraktion)

seit 1996

Geschäftsführerin im Diakonischen Werk Württemberg

seit 2002

Mitglied im Vorstand des Diakonischen Werkes, Stellvertreterin des Vorstandsvorsitzenden

seit 2004

Lenkungsausschuss Gesundheit, Rehabilitation, Pflege im Diakonischen Werk EKD

2001 bis 2009

Mitglied im Hauptausschuss des Deutschen Vereins

seit 2010

koopertes Mitglied im Präsidium des Deutschen Vereins

Veranstaltungen

21.-23. Oktober 2010

Köln

Social Work and Diversity. Looking at Gender, Class, Race and Religion (vierte Internationale ERIS-Konferenz).

Information und Anmeldung: KathO NRW, Wörthstraße 10, 50668 Köln. Tel. 0221/7757-434 (Johannes Langenfeld); Mail: eris@katho-nrw.de

Sitzung des Präsidiums des Deutschen Vereins

Das Präsidium des Deutschen Vereins hat am 23. Juni 2010 folgende Empfehlungen und Stellungnahmen verabschiedet, die im NDV veröffentlicht werden und im Internet unter: www.deutscher-verein.de abgerufen werden können.

Stellungnahme des Deutschen Vereins zum Eckpunktepapier der Bundesregierung „Die Grundpfeiler unserer Zukunft stärken“

Einige der Einsparungen stärken aus Sicht des Deutschen Vereins die „Grundpfeiler unserer Zukunft“ nicht. Dies betrifft insbesondere den Wegfall der Zuschüsse zur Rentenversicherung, die Einsparungen bei Maßnahmen der Erwerbsintegration und die Streichung des Elterngeldes für SGB II-Leistungsempfänger/innen.

1. Der Rentenzuschuss im SGB II vermeidet Altersarmut und ist zu erhalten!

Mit der Einsparung des Rentenzuschusses ist verbunden, dass die Leistungsempfänger/innen im SGB II auch weniger Beitragszeiten erwerben und damit zusätzlich zu ihrer wegen Arbeitslosigkeit gebrochenen Erwerbsbiografie weitere Lücken bei den Beiträgen haben werden. Gerade dies ist zu vermeiden. Sollte es gleichwohl zu dem geplanten Wegfall der Beitragsleistungen für Leistungsempfänger/innen im SGB II kommen, erwartet der Deutsche Verein, dass sich der Bund an den daraus folgenden Mehraufwendungen in der Grundsicherung im Alter beteiligt.

2. Maßnahmen zur Eingliederung auf dem ersten Arbeitsmarkt stärken statt pauschal kürzen!

Statt einer pauschalen Kürzung in Milliardenhöhe sollte die Bundesregierung unmittelbar ihre erst für 2011 in Aussicht genommene Überprüfung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente beginnen. Weiter müssen Förderinstrumente eingesetzt werden, die eine Verkürzung der Verweildauer und einen Übergang auf den ersten Arbeitsmarkt bewirken oder möglich machen. Durch den Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit können die direkten und indirekten Kosten der Arbeitslosigkeit in allen Sicherungssystemen am besten bekämpft und die höchsten Einsparungen realisiert werden. Der Deutsche Verein weist darauf hin, dass die Pflichtleistungen gerade auch essenzielle Aufgaben der BA betreffen, die nicht ins Ermessen gestellt werden können, sondern wahrgenom-

men werden müssen, wenn das postulierte Ziel der Bundesregierung „Wachstum und Beschäftigung“ erreicht und eine „optimierte Vermittlung“ gelingen soll.

3. Elterngeld ist eine familienpolitische Leistung, keine Sozialleistung im engen Sinne!

Anrechnung und Wegfall würden sich auf die unterschiedlichen Empfängergruppen im Leistungsbezug des SGB II jeweils unterschiedlich auswirken. Der Deutsche Verein nimmt zur Kenntnis, dass die Bundesregierung offensichtlich nicht mehr den bisherigen Konsens teilt, dass das Mindestelterngeld zunächst eine familienpolitische Leistung innerhalb des Familienlastenausgleichs darstellt. Nach seiner Auffassung haben gerade SGB II-Leistungsempfänger/innen „eine passgenaue und nachhaltige Absicherung von Eltern und Kindern in der Frühphase der Familie nötig“.

Der Deutsche Verein hält es weder für sachgerecht noch für verfassungsrechtlich überzeugend, das Mindestelterngeld in seiner Funktion und Zielrichtung auf Studierende, Hausfrauen und Hausmänner für anwendbar zu halten, bei Leistungsempfänger/innen des SGB II eine solche Funktion aber zu verneinen. Zudem sind Folgen für einzelne Empfängergruppen, insbesondere solche, in denen in der Bedarfsgemeinschaft auch Einkommen erzielt wird, nicht abschätzbar.

Überlegungen und Lösungsansätze zur Finanzierung von Frauenhäusern

Der Deutsche Verein beleuchtet die derzeitigen Gestaltungen und Möglichkeiten der Finanzierung von Leistungen für von Gewalt betroffene Frauen und deren Kinder und unterbreitet Lösungsansätze für eine Verbesserung und Absicherung des Hilfesystems. Zur Sicherstellung eines gleichwertigen und niedrigschwiligen Zugangs für alle Betroffenen spricht er sich dafür aus, ein verlässliches und lückenloses Hilfesystem für sofortigen Schutz, Beratung, Unterstützung und Unterkunft für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder zu schaffen. Mit seinen Anregungen möchte der DV die Diskussion um die Weiterentwicklung und Optimierung der Frauenhausfinanzierung voranbringen, einen Anstoß zur Erreichung gesicherter, verlässlicher und bedarfsgerechter Schutz- und Unterstützungsmaßnahmen für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder geben und dadurch eine Grundlage für die im Sinne der betroffenen Frauen und ihren Kindern zu treffenden politischen Entscheidungen schaffen.

Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2010

Familienministerin Schröder und BBE verleihen gemeinsam Botschaftertitel für Engagement

Die Aktionswoche des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ist gerade im Jahr der Fußball-Weltmeisterschaft ein Volltreffer. In jedem Bundesland gibt es zahlreiche Veranstaltungen, Angebote zum Reinschnuppern und Tagungen unter dem Motto „Engagement macht stark!“.

In der Zeit vom 17. bis 26. September beweisen zahlreiche Akteure in ganz Deutschland: Das Format einer bundesweiten Aktionswoche zum Thema Engagement hat sich inzwischen so gut bewährt, dass es 2010 bereits zum sechsten Mal umgesetzt wird.

In diesem Jahr kooperiert das BBE im Rahmen der Aktionswoche mit den Malteser Hilfsdiensten in Deutschland. Die bundesweiten Aktionen finden Sie im Veranstaltungskalender unter:

www.engagement-macht-stark.de

Hier ein kleiner Vorgeschmack: Sozialführerschein in Schwäbisch Gmünd, in Kronau wird um die Wette getanzt, Jahrmarkt der Ehrenämter in Passau, auf 50 Straßen in Bremen wird gespielt, in Frankfurt (Oder) helfen alle Unternehmen mit, in Hamburg proben sie den „Unruhestand“ und der Deutsche Kinderschutzbund zeigt Flagge in Bonn.

Die vielen Aktionen, die während der Woche des bürgerschaftlichen Engagements stattfinden, zeigen: Ohne die 23 Millionen freiwillig Engagierten stünden in Deutschland viele Mädchen still. Das Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) ehrt die vielen helfenden Hände mit seiner 6. Aktionswoche.

Und auch 2010 wird es wieder prominente Persönlichkeiten geben, die die Kampagne „Engagement macht stark!“ unterstützen. Neu ist: Bundesfamilienministerin Kristina Schröder und das BBE verleihen gemeinsam in diesem Jahr erstmalig einen Botschaftertitel für das Engagement. Die Prominenten setzen sich damit für die kommenden drei Jahre als „Engagement-Botschafter“ für die BBE-Aktionswoche ein.

Bundesfamilienministerin Kristina Schröder dazu: „Nur wenn sich Jugendliche und Erwachsene freiwillig engagieren, werden die zukünftigen



Bundesfamilienministerin Kristina Schröder

gen Herausforderungen, wie zum Beispiel der demografische Wandel, zu bewältigen sein. Umso wichtiger ist es, diejenigen für ihre Arbeit auszuzeichnen, die sich engagieren und den Zusammenhalt unserer Gesellschaft dadurch erst möglich machen.“

Seit vielen Jahren ist die Aktionswoche die größte bundesweite Freiwilligenoffensive, durch die die Arbeit von mehr als 23 Millionen freiwillig Engagierten gewürdigt wird. „Engagement macht stark!“ ist das gemeinsame Motto aller Initiativen, Vereine, Verbände, staatlicher Institutionen und Unternehmen, die sich an der Aktionswoche aktiv beteiligen.

Im BBE sind die nationalen Träger- und Förderstrukturen für 23 Millionen Engagierte in Deutschland vernetzt. Die Geschäftsstelle des BBE befindet sich in Trägerschaft des Deutschen Vereins. Das BBE will mit der Aktionswoche verdeutlichen, dass bürgerschaftliches Engagement Anerkennung und Förderung verdient. Deshalb wird während der Woche darüber diskutiert, dass es noch zahlreiche Hindernisse für das Engagement gibt. Für eine Demokratie ist die aktive Beteiligung von möglichst vielen Menschen besonders wichtig. Bürgerschaftliches Engagement kann es nicht ohne Förderung und Unterstützung geben. Dazu gehören insbesondere gute Rahmenbedingungen, die Anerkennung der Leistungen der Engagierten sowie Weiterbildung für Engagierte.

Für weitere Fragen wenden Sie sich an das BBE-Kampagnenteam oder besuchen www.engagement-macht-stark.de

Neuerscheinungen

Strategische Steuerung kommunaler Sozialpolitik

Herausgegeben von Jürgen Hartwig
2010, 160 Seiten, 16,80 € (12,80 € für Mitglieder des Deutschen Vereins)

In diesem Band werden Instrumente und erprobte Verfahren vorgestellt, die planvolles, flexibles Handeln und eine strategische Steuerung kommunaler Sozialpolitik ermöglichen. Er bietet Orientierungshilfen, Anregungen und Modelle für Entscheidungs- und Mandatsträger in Kommunen – und einen umfassenden Überblick über aktuelle Entwicklungen für alle, die an modernem Sozialmanagement interessiert sind!

Die Kategorie „Geschlecht“ in der Kinder- und Jugendhilfe

Archiv für Wissenschaft und Praxis der sozialen Arbeit 2/2010, 96 Seiten, 14,50 € (10,70 € für Mitglieder des Deutschen Vereins).

In diesem Heft werden unterschiedliche Ansätze zur Implementierung von Geschlechtergerechtigkeit diskutiert – von parteilicher Mädchenarbeit über Gender Mainstreaming bis zu Diversity- und Queer-Konzepten. Aktuelle Mediendiskurse über bildungsbenachteiligte Jungen oder gewalttätige Mädchen werden mit empirischen Ergebnissen konfrontiert und schließlich innovative Projekte aus der Praxis vorgestellt.

Veranstaltungen

Übersicht der Fachveranstaltungen und Akademietagungen des Deutschen Vereins von Oktober bis November 2010

7. bis 8. Oktober 2010

Ort: Erfurt

F 716/10

Ausländerrecht und Jugendhilfe – Gibt es einen gemeinsamen Schutzauftrag?

7. bis 8. Oktober 2010 Ort: Weimar

F 166/10

Die Einordnung der sozialen und Gesundheitsberufe im Deutschen Qualifikationsrahmen

21. bis 22. Oktober 2010

Ort: Bad Honnef

F 334/10

Fachliche und sozialpolitische Entwicklungen in der Schuldnerberatung – Forum Schuldnerberatung 2010

(Fortsetzung nächste Seite)



Veranstaltungen

(Fortsetzung)

25. bis 29. Oktober 2010 Ort: Berlin
F 333/10

Heranziehung Unterhaltspflichtiger in der Sozialhilfe – speziell zum Elternunterhalt

27. bis 29. Oktober 2010 Ort: Berlin
F 317/10

Aktuelle Fragen des Sozialhilfrechts

8. bis 10. November 2010
Ort: Steinbach/Ts.

F 427/10
Lokale Strukturen für ein gutes Alter

10. bis 12. November 2010
Ort: Erkner, b. Berlin

F 235/10
Kindertagespflege – zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Zwei Jahre Kinderförderungsgesetz und Einkommenssteuer

10. bis 12. November 2010
Ort: Hannover

F 339/10
Aktuelle Herausforderungen bei der Umsetzung des SGB II – eine Tagung für Führungskräfte

29. November bis 1. Dezember 2010
Ort: Berlin

F 236/10
Ombudschafft in der Kinder- und Jugendhilfe

Weitere Informationen unter <http://veranstaltungen.deutscher-verein.de> oder über das Veranstaltungsmanagement:

Telefon:
030 62980 -605/ -606 /-419
E-Mail:
veranstaltungen@deutscher-verein.de

Impressum:

Redaktion:
Katja Schneider, Berlin
Tel.: (0 30) 6 29 80-6 09
E-Mail: schneider@deutscher-verein.de

Deutscher Verein
für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Geschäftsstelle:
10179 Berlin-Mitte
Michaelkirchstraße 17/18
Tel. Sammel-Nr.: (0 30) 6 29 80-0
Fax: (0 30) 6 29 80-1 50

www.deutscher-verein.de

Bankverbindung: Deutsche Bank 7233943
(BLZ 100 700 00)

Druck:
Bonifatius GmbH
Druck-Buch-Verlag
Paderborn

Veröffentlicht mit Förderung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Das soziale Europa im Blick – Die Arbeit der Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Themen wie die demografische Entwicklung, der Wandel gesellschaftlicher Strukturen, die Veränderung der Erwerbsformen und bürgerschaftliches Engagement werden heute nicht mehr nur national, sondern europaweit diskutiert. Den damit einhergehenden Herausforderungen wird in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ganz unterschiedlich begegnet. Eine Beobachtung und Auswertung der verschiedenen Lösungsstrategien kann auch für Deutschland aufschlussreich sein.

Genau an dieser Stelle setzt die Arbeit des Projekts „Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa“ (vormals das „Observatorium für die Entwicklungen der sozialen Dienste in Europa“) an. Die Beobachtungsstelle analysiert gesellschaftspolitische Trends in den oben genannten Politikfeldern in den EU-Mitgliedsstaaten und auf europäischer Ebene. Aber auch deren Auswirkungen auf die

Internationales Expertentreffen im DV – Auf der Suche nach der Antwort auf die Frage: Die Pflege in der Finanzierungsfrage?

Am 3./4. Mai 2010 hat der Deutsche Verein – zusammen mit seinen Netzwerk-Partnern in Österreich (ÖKSA) und der Schweiz (SKOS) – ausgewählte Expert/innen nach Berlin eingeladen, um die Lage der Pflege in den drei Ländern und tragfähige Finanzierungsmodelle für die Zukunft zu beraten. Wilhelm Schmidt, Präsident des Deutschen Vereins, eröffnete die Tagung. Weitere Grußworte folgten von Pfarrer Mag. Michael Chalupka, Präsident des ÖKSA und der Geschäftsführerin der SKOS, Dorothee Guggisberg.

Wie die Debatte zeigte, richten sich die Bemühungen in den drei Ländern aktuell bevorzugt darauf, die Ausgaben der Pflege zu minimieren. Es gibt einen Trend zur Ambulantisierung und es werden neue Pflegearrangements erprobt. Begleitet wird dies von vielfältigen Bemühungen, mehr Beratung und effektivere Vermittlung von Angeboten und um bessere lokale Vernetzung der Pflegeangebote zu erreichen. Nach dem gelungenen Auftakt werden der DV, ÖKSA und SKOS die Reihe der „Drei-Länder-Konferenzen“ unter dem Dach ihres internationalen Netzwerks ICSW im Herbst zu Fragen der Armutsbekämpfung, Grundsicherung und Sozialhilfe im internationalen Vergleich in Luzern fortsetzen.

deutsche Situation. Durch regelmäßige, vergleichende Beobachtung (Monitoring) der aktuellen politischen, wissenschaftlichen und fachpraktischen Debatte trägt das Projekt Informationen über europäische und mitgliedstaatliche Entwicklungen zusammen. Daraus resultierend können Trends nach Deutschland adaptiert werden. Das Projekt speist zugleich die deutsche Sichtweise in den europäischen Diskurs ein. Es versteht sich als forschungsbasierter Mittler zwischen deutscher und europäischer Ebene. Die Beobachtungsstelle regt den Wissens- und Erfahrungsaustausch derjenigen Organisationen an, die auf europäischer sowie nationaler Ebene in den untersuchten Themenbereichen aktiv sind.

Die Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa ist ein Kooperationsprojekt des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. sowie des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e.V. und wird finanziert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ). Auf Grundlage ihrer Ergebnisse berät die Beobachtungsstelle das BMFSFJ, Länderministerien und sowohl die kommunalen Spitzenverbände als auch die Spitzenverbände der freien Wohlfahrtspflege zu sozialpolitischen Fragestellungen.

Aktuelle Schwerpunkte des Projektes sind: Bürgerschaftliches Engagement, demografischer Wandel und europäische Familienpolitik.

Arbeitsergebnisse, Newsletter sowie aktuelle Hinweise finden Sie unter:

www.beobachtungsstelle-gesellschaftspolitik.eu



Beobachtungsstelle für gesellschaftspolitische Entwicklungen in Europa

Ihre Ansprechpartnerinnen im Deutschen Verein sind:

Annette Angermann
(angermann@deutscher-verein.de)

Sabrina Stula (stula@deutscher-verein.de)

Personalien

In den Monaten Mai bis Juli 2010 hat es im Deutschen Verein folgende Personalveränderungen gegeben:

Petra Fuchs, Leiterin der Stabsstelle Bürgerschaftliches Engagement

Angela Lehmann, Projekt Nationales Forum

Aus dem Deutschen Verein ausgeschieden: **Franziska Bock** (BBE Aktionswoche), **Anne Tamm** (Arbeitsfeld VII), **Christian Tracht** (Arbeitsfeld I), **Julia Thürich** (BBE Aktionswoche)